

Herrn

Peter Weiß MdB, Rentenexperte

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 08.03.2017

„DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ - eine Richtigstellung

Sehr geehrter Herr Weiß,

seit Jahren schweigen Sie zu dem Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“. Schriftliche Antworten erhalten wir von Ihnen schon lange nicht mehr. Gespräche lehnen Sie ab.

Diese wären aber zwingend notwendig.

Sie sehen sich, wie Sie in der Plenardebatte vom 12.05.2016 öffentlich feststellten, als ausgewiesenen Experten für die Fragen, die mit dem Rentenüberleitungsgesetz zusammenhängen. Der jungen SPD-Abgeordneten Daniela Kolbe gegenüber haben Sie das mit unverhohlener Genugtuung zum Ausdruck gebracht.

Die Herstellung der deutschen Einheit hatte in der 12. Legislaturperiode stattgefunden. Sie waren erst ab der 14. Legislaturperiode Mitglied des deutschen Bundestages. Sie kennen also die Zusammenhänge nur aus 2. Hand. Und da haben Sie sich allzu sehr auf das verlassen, was Ihnen aus der Beamtenebene des BMAS zugetragen worden ist.

Das aber liegt genau das Problem.

Anliegend schicke ich Ihnen Heft 1/2017 der UOKG-Zeitschrift „Der Stacheldraht“ mit dem Artikel „Asymmetrischer Kampf“. Wir haben sehr gründlich recherchiert und haben dafür die Originalquellen studiert: Einigungsvertrag vom 30.08.1990, Drucksachen von Bundestag, Bundesregierung, Bundesrat, Texte des RRG'92, Texte des RÜG einschl. RüErgG.

Seit ca. 1½ Jahren liegt unsere Forderung nach einer erneuten Befassung beim Petitionsausschuss. Wir haben eine neue, entscheidungserhebliche Tatsache vorgetragen.

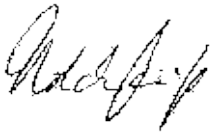
Im Petitionsausschuss ist durchaus die Einsicht vorhanden, dass man das Problem noch einmal anpacken muss. Aber die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen des Bundestages suchen das zu verhindern.

Der 18. Bundestag ist gefragt. Er sollte sich seiner Verantwortung bewusst werden und dem erklärten Willen des 12. Bundestages Geltung verschaffen.

Abschließend darf ich Sie noch auf unsere Demonstration in Berlin, Regierungsviertel, am 21. März 2017, 14.00 bis 17.00 Uhr hinweisen, siehe Anlage.

Wir werden auf jeden Fall vor Ihrem Dienstsitz Halt machen.

Mit freundlichem Gruß,



**Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)**

**Anlagen:
„Der Stacheldraht“, 1 / 2017
Pressemitteilung zur Demonstration**